



Infobrief 202. Ausgabe insgesamt Nr. 14/2010 - 09.07.2010

Zurück zur Politik

Das hatte sich Schwarzgelb fein ausgedacht: Während der WM achtet niemand auf das Chaos der Koalition und danach geht es in die Sommerpause. Aber nicht nur das Halbfinal-Aus der deutschen Mannschaft nach einer tollen Turnierleistung, sondern auch der wachsende Ärger über das sozial ungerechte "Sparpaket" und das Entdecken der unfairen Details der schwarzgelben Einigung im Gesundheitssektor haben diese Planung zur Makulatur gemacht. Die „Nettolüge“ von Schwarzgelb ist das politische Thema in Medien und im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Schwarzgelb muss das "Zurück zur Politik" nach der WM aus gutem Grund fürchten. Die Detailgesetze des "Sparpakets" sind noch gar nicht vorgelegt, da kommt von ungewohnter Seite Kritik an den unsozialen Planungen. Wirtschaftsverbände und Steuerzahlerbund kritisieren eine fehlende soziale Balance. Dieses Thema wird die zweite Jahreshälfte bestimmen, wenn im Bundestag Gesetz pro Gesetz des „Sparpakets“ abgestimmt werden wird. Jede Wette, dass die wahlkämpfenden Schwarzgelben aus den 2011 wählenden Bundesländer bald aus Angst vor einer



vernichtenden Wahlniederlage rebellieren werden. Ein höherer Spitzensteuersatz und andere SPD-Forderungen werden bald wieder auf der politischen Tagesordnung stehen, gerade auch durch die neue gewonnenen Möglichkeiten der SPD im Bundesrat.

Aktuell fordern viele Kommentatoren den Rücktritt von Bundesgesundheitsminister Rösler. Er hatte angekündigt, ein faireres Gesundheitssystem schaffen zu wollen. Herausgekommen ist dann doch eine schamvoll versteckte Kopfpauschale. Mindestens 2,3% mehr werden Arbeitnehmer für Ihren Gesundheitsschutz bezahlen müssen. Wenn man in einer Kasse mit vielen kranken Menschen ist, kann die Belastung noch viel höher werden. Der Sozialausgleich wurde reduziert und kann – je nach Kassenlage – mit einfachem Gesetz weiter reduziert werden. Zeitgleich hat Schwarzgelb den Krankenkassenbeitrag der Wirtschaft dauerhaft eingefroren. Diese sind jetzt an Sparsamkeit und Kostensenkung im Gesundheitswesen nicht mehr interessiert.

Ich bin mir daher sicher, dass wir bei den abstürzenden Umfragewerten von Schwarzgelb den Boden noch nicht gesehen haben.

THEMEN

- Zurück zur Politik: Sparpaket
- Strafbefreiende Selbstanzeige umstritten
- Laufzeitverlängerung in der Diskussion
- Teilzeitarbeit auf Dauer ein Nachteil
- Diese Woche im Parlament

TERMINE

- **10.07.10, 12:00 - Köln**
Landesparteiabend der NRW-SPD zum Koalitionsvertrag
- **15.07.10, 15:00 - Bonn**
Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro, Clemens-August-Str. 64
- **16.07.10, 14:00 - Bonn**
Jurysitzung Bürgerpreis „Für mich, für uns, für Bonn“

Sommerurlaub mit der Familie



Allen Leserinnen und Lesern schöne und erholsame Sommertage.
Wir melden uns am 17. September 2010 mit dem nächsten Infobrief wieder.
Sonnige Grüße
Ulrich Kelber und Team

i Abschaffung der strafbefreienden Selbstanzeige unter Sachverständigen umstritten

Die nach der Abgabenordnung mögliche strafbefreiende Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung ist unter Sachverständigen völlig umstritten. "Wer die Selbstanzeige gänzlich abschaffen will, schießt über das Ziel hinaus", erklärte Professor Wolfgang Joecks von der Ernst Moritz Arndt Universität Greifswald in einer öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses am Mittwoch. Dagegen betonte Martin Kemper, Richter am Finanzgericht München, "dass die Legitimation der Selbstanzeige nur schwach begründet ist und einer Streichung von § 371 Abgabenordnung damit im Ergebnis keine gewichtigen Argumente entgegenstehen".

In der Anhörung ging es um mehrere Anträge und Gesetzentwürfe der Fraktionen. So fordern die CDU/CSU- und FDP-Fraktion in einem gemeinsamen Antrag ([17/1755](#)), die Selbstanzeige dürfe nicht mehr als Gegenstand einer Hinterziehungsstrategie missbraucht werden. Strafbefreiung solle nur noch derjenige erhalten, der alle noch verfolgbaren Steuerhinterziehungen der Vergangenheit vollständig offenbare. Ähnlich argumentieren die Ausschüsse des Bundesrates, deren Empfehlungen ebenfalls Gegenstand der Anhörung waren. Die Rückkehr in die Steuerehrlichkeit dürfe nur dann mit Strafbefreiung honoriert werden, wenn die Selbstanzeige freiwillig, vollständig und richtig erstattet werde. Die SPD-Fraktion verfolgt dagegen mit einem Gesetzentwurf ([17/1411](#)) das Ziel, die Möglichkeit der Selbstanzeige abzuschaffen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert eine Verschärfung der Kriterien der Selbstanzeige ([17/1765](#)). Die Linksfraktion will unter anderem eine Meldepflicht für größere Auslandsüberweisungen ([17/1149](#)) zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung.

Joecks erklärte, er habe die Selbstanzeige als Hinterziehungsstrategie in 30 Jahren Berufspraxis noch nicht erlebt. Er rate zu einem behutsamen Vorgehen. Man könne aber über die Vorschläge des Bundesrates reden, empfahl der Wissenschaftler. Der Steuerberaterverband wies ebenfalls den Verdacht zurück, es könne Hinterziehungsstrategien geben. Vielmehr gebe es Fälle, dass Schwarzgeld irgendwann Probleme bereit, etwa weil es sich nicht vererben lasse und dann zum Instrument der Selbstanzeige gegriffen werde. Ein Vertreter der Steuerberaterkammer erklärte, das bestehende System mit der Selbstanzeige

habe sich in der Praxis bewährt. Hinterziehungsstrategien bei der Selbstanzeige konnte er ebenfalls nicht bestätigen. Er wies außerdem darauf hin, dass zum Beispiel in Fällen von unwissentlich falschen Angaben für den Kindergeldbezug – etwa wenn Einkünfte der Kinder nicht bekannt gewesen seien – das Instrument der Selbstanzeige notwendig sei, um Kriminalisierungen zu vermeiden.

Solchen Angaben widersprachen Deutsche Steuer-Gewerkschaft und Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) energisch. Der Vorsitzende der Steuer-Gewerkschaft, Dieter Ondracek, erklärte, unwissentlich gemachte falsche Angaben beim Kindergeld seien "nie und nimmer strafrechtlich relevant". Dass jemand mit "null Strafe" davon kommen könne, gebe es nur im Steuerbereich. Es habe mit dem Rechtsstaat nichts mehr zu tun, wenn sich der Staat die Pflicht zur Strafverfolgung ab-

kaufen lasse. Ondracek empfahl einen "klaren Schnitt". Selbstanzeigen gebe es nur, wenn die Entdeckung unmittelbar bevorstehe: "Das ist das, was ich Strategie nenne." Auch Susanne Uhl vom DGB bestritt, dass Kindergeldfälle unter die Selbstanzeige fallen würden. Auf die Selbstanzeige könne problemlos verzichtet werden. Professor Rudolf Hickel vom Institut Arbeit und Wirtschaft der Universität

Bremen sagte zu den in diesem Jahr bisher eingegangenen 21.000 Selbstanzeigen mit einem Volumen von 1,5 Milliarden Euro an entgangenen Steuern: "Das sind keine Kindergeldfälle". Wie Hickel sah auch die Organisation "Tax Justice Network" Probleme mit Vereinbarungen zum besseren Informationsaustausch mit sogenannten Steueroasen. Die geschlossenen Abkommen seien fast nur Placebos, so "Tax Justice Network".

Professor Markus Jäger, Richter am Bundesgerichtshof, warnte davor, durch eine Abschaffung der Selbstanzeige, "das Kind mit dem Bade auszuschütten". Auch Steueranwalt Rainer Spatschek empfahl die Beibehaltung der Selbstanzeige. Oft sei es so, dass Mandaten, etwa aus Altersgründen, mit dem Schwarzgeld nichts mehr anzufangen wüssten und zum Instrument der Selbstanzeige greifen würden. Der Zentrale Kreditausschuss, in dem die großen Bankenverbände zusammengeschlossen sind, hält die Selbstanzeige "für ein grundsätzlich geeignetes Instrument des Fiskus, um Kenntnis von bislang nicht bekannten steuerlich relevanten Sachverhalten zu erlangen und diese zu besteuern".



i Laufzeitverlängerung von Atommeilern im Expertenstreit

Von einer kontroversen Debatte zwischen den Sachverständigen geprägt war am Mittwochvormittag der Auftakt einer öffentlichen Anhörung des Umweltausschusses über die zwischen Koalition und Opposition umstrittene Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken. Die Befürworter einer längeren Nutzung der Atommeiler wie Rolf Martin Schmitz vom RWE-Vorstand argumentierten, die weitere Nutzung des Nuklearstroms fördere den Ausbau der erneuerbaren Energien und reduziere den Kohlendioxidausstoß. Die Verteidiger des bisherigen Ausstiegsszenarios wie der Hannoveraner Oberbürgermeister Stephan Weil (SPD) betonten hingegen, nur bei einer Abkehr von der Kernkraft lasse sich auf dem Elektrizitätsmarkt die Wettbewerbsposition der regenerativen Energien stärken. Rainer Baake, Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe, wies auf die Sicherheitsrisiken von Atommeilern hin. Dem Hearing lag ein auf die Beschleunigung des Ausstiegs zielender Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen zugrunde ([17/1766](#)).

RWE-Vorstand Schmitz erklärte, der vor allem von den Konzernen vorangetriebene Ausbau der erneuerbaren Energien sei sehr kostenintensiv. Dieses Geld stamme in hohem Maße aus Einnahmen, die mit dem Betrieb von Kernkraftwerken erzielt würden. Jede Abschaltung schwäche diese Finanzkraft. Zudem Sorge die nukleare Grundlastelektrizität, so der RWE-Vertreter, für Stabilität im Stromnetz, weil mit diesen Kapazitäten die Schwankungen bei der Einspeisung von Elektrizität aus regenerativen Quellen ausgeglichen werden könnten. Wie Professor Alfred Voß (Universität Stuttgart) hob Schmitz hervor, dass eine Laufzeitverlängerung bei den Atommeilern zur Reduzierung des Kohlendioxidausstoßes beitrage. In diesem Fall, so Voß, verringere sich auch der Import von Strom aus fossilen Trägern.

Aus Sicht von Schmitz, Voß und Professor Justus Haucap (Uni Düsseldorf) profitieren die Verbraucher bei den Elektrizitätspreisen erheblich von einer längeren Nutzung der Nuklearenergie. Voß rechnete den Abgeordneten vor, dass die Konsumenten je nach Ausgestaltung einer Laufzeitverlängerung in einer Größenordnung von 50 bis 140 Milliarden Euro entlastet würden. Die zusätzlichen Gewinne der Konzerne würden sich, so der Wissenschaftler, auf 40 bis 160 Milliarden Euro summieren, doch sollte dieses Geld ja



zum Großteil vom Staat abgeschöpft werden. Laut Haucap lässt sich das Ziel, bis 2020 die Kohlendioxidemissionen um 40 Prozent zu senken, ohne drastische Preissteigerungen nur im Falle einer Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke erreichen. Nuklearstrom sei eine günstige Grundlastkapazität. Haucap räumte indes ein, dass eine längere Inbetriebnahme zu einer "Zementierung" der Marktstrukturen bei konventionellen Energien zu Lasten des Wettbewerbs führe.

Für Stephan Weil schadet eine Laufzeitverlängerung hingegen der Energiewende. Die Zukunft liege im Ausbau einer dezentralen Stromerzeugung auf kommunaler Ebene, wobei bei den 750 Stadtwerken die Kraft-Wärme-Kopplung eine große Rolle spiele, so der Präsident des Verbands Kommunaler Unternehmen. Die Stadtwerke mit einem Anteil von bislang zehn Prozent an der Elektrizitätsherstellung wollten ihre Kapazitäten von rund 13000 Megawatt um mehrere tausend Megawatt erhöhen. Diese Investitionen drohten sich jedoch nicht mehr zu rechnen, wenn sich die mit den neuen Kraftwerken produzierte Elektrizität wegen der längeren Nutzung von Atomstrom nicht mehr verkaufen lasse, kritisierte der SPD-Politiker. Weil sagte: "Eine Laufzeitverlängerung perpetuiert den Status Quo."

Nach den Worten Uwe Leprichs verringert sich der Bedarf an nuklearem

Grundlaststrom in dem Maße wie der Anteil erneuerbarer Energien am Elektrizitätsmarkt steigt. Der Saarbrücker Wirtschaftsprofessor warf den Konzernen vor, bislang wenig Interesse am Ausbau der erneuerbaren Energien an den Tag zu legen. Der aus solchen Quellen erzeugte Strom steuere bei RWE nur 3,5 Prozent zur Elektrizitätsproduktion bei.

Für Rainer Baake von der Umwelthilfe haben die Gründe, die ursprünglich zum Beschluss über den Atomausstieg führten, nach wie vor Gültigkeit: das Risiko eines unbeherrschbaren Unfalls, die ungelöste Entsorgungsfrage und die Furcht vor einer unkontrollierten Weitergabe von nuklearem Material. Zudem müsse man zwischenzeitlich die von möglichen terroristischen Luftangriffen auf Atommeiler ausgehenden Gefahren beachten, so der Sprecher der Umwelthilfe. Vor allem die sieben ältesten Kernkraftwerke, bei denen jetzt eine Laufzeitverlängerung zur Debatte stehe, seien gegen solche Risiken in keiner Weise gesichert.

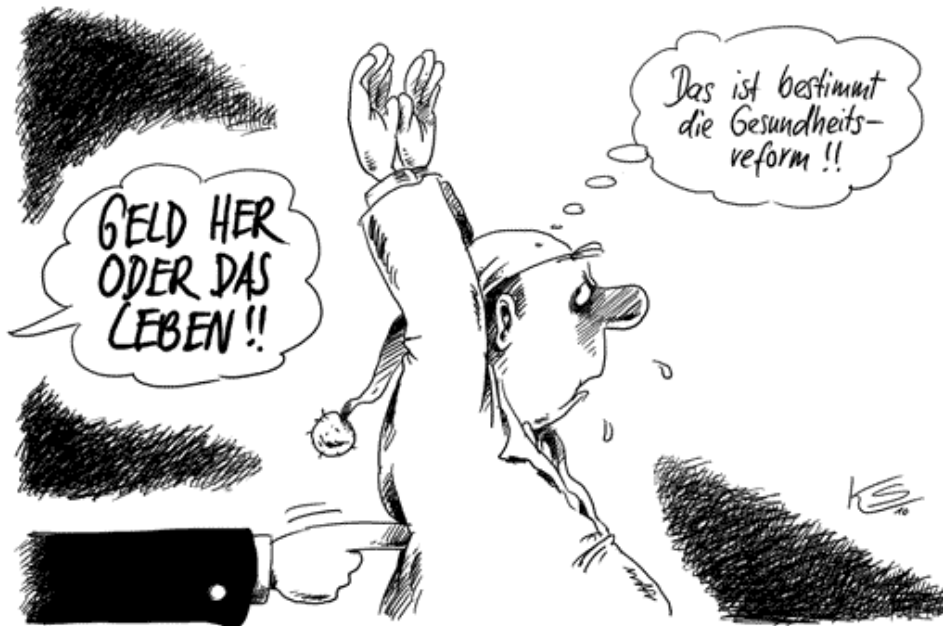
QUELLEN

Alle angegebenen Drucksachen lassen sich auf der Internetseite des Bundestages finden unter:

http://dip21.bundestag.de/dip21.web/searchDocuments/simple_search.do

Dort einfach die Nr. eingeben

Die Texte stammen vom Pressezentrum des Bundestages und der SPD-Bundestagsfraktion.



Karikatur: Klaus Stüttmann

i Experte: Teilzeitarbeit ist "Nachteil auf Dauer"

Immer mehr Frauen in Deutschland sind erwerbstätig, allerdings steigt die Arbeitszeit der einzelnen Frauen nicht. Das sagte Professor Gerhard Bosch, Mitglied der Sachverständigenkommission Gleichstellung, am Mittwoch im Familienausschuss bei der Vorstellung des zweiten Zwischenberichts zur Erstellung des Ersten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung. Dieser soll bis Dezember 2010 vorliegen. "Wir scheren damit aus der europäischen Entwicklung heraus", sagte Bosch. Lediglich in Österreich sei die Entwicklung ähnlich wie in Deutschland. Ein Wechsel in eine Teilzeitbeschäftigung sei in Deutschland ein "Nachteil auf Dauer", da es den wenigsten Frauen gelinge, anschließend wieder Vollzeit zu arbeiten.

Aufgabe der Kommission sei es, aus solchen Erkenntnissen "handlungsorientierte Empfehlungen zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Lebensverlaufsperspektive zu entwickeln", sagte Professorin Ute Klammer, Vorsitzende der Sachverständigenkommission. Empirisch untersucht würde deshalb die Frage, wie es mit der Gleichstellung in der Praxis aussehe und wie die Politik mögliche Defizite beheben könne. Als Beispiel nannte Klammer etwa die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern. Der Erste Gleichstellungsbericht werde konkrete Vorschläge machen, wie mit diesem Problem umzugehen sei, kündigte sie an.



Die Handlungsempfehlungen würden sich aber an verschiedene Akteure richten, etwa auch an die Wirtschaft, sagte Klammer, "deren Selbstverpflichtung zur Gleichstellung von Frauen und Männern uns bislang nicht weitergebracht hat". Deutschland könne es sich nicht länger leisten, Frauen gut auszubilden und ihnen dann, etwa nach einer Auszeit für die Kinder, den Wiedereinstieg in den Beruf zu erschweren.

Weitere Themenbereiche des Berichts sollen unter anderem auch der Einfluss von Rollenbildern und -stereotypen auf das Recht sein, "der vor allem in rechtlichen Regelungen zu Familie und Ehe mitprägend ist", oder die Frage der Bildung im Hinblick auf die Gleichstellungspolitik.

Ulrich Kelber
Bonns Bundestagsabgeordneter

Büro Berlin:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 - 227 70026
Fax: 030 - 227 76008
ulrich.kelber@bundestag.de

Büro Bonn:
Clemens-August-Str. 64
53115 Bonn
Tel. 0228 - 280 3135
Fax. 0228 - 280 3136
ulrich.kelber@wk.bundestag.de



TOPTHEMA

Arbeitsmarktpolitik erfolgreich fortsetzen und ausbauen

Passend zu Wetter und WM entwickelt sich auch der Arbeitsmarkt weiter erfreulich. Insgesamt sind in diesem Monat 3,153 Millionen Menschen als arbeitslos registriert. Die Arbeitslosenquote sank im Juni auf 7,5 Prozent. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lag im April bei 27,5 Millionen. Das ist eine Zunahme von 118.000 gegenüber dem Vorjahr. Die auch im internationalen Vergleich gute Entwicklung verdanken wir einer erfolgreichen Arbeitsmarktpolitik, die auf die Weichenstellungen der SPD in der Großen Koalition und davor zurückgehen.

Regierung gefährdet erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik

Mit ihrer gegenwärtigen Politik gefährdet von der Leyen diese Erfolge allerdings. Das Sparpaket mit massiven Kürzungen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik wird desaströse Folgen für die Arbeitslosenstatistik im kommenden Jahr haben. Von der Leyen spricht zwar von einem Sparpaket, erreicht aber im Ergebnis genau das Gegenteil. Sie wird Arbeitslosigkeit finanzieren statt Menschen auf ihrem Weg zurück in Arbeit zu unterstützen. Sie gibt damit mehr aus als sie spart. Auch das Beschäftigungschancengesetz von der Leyens ist pure Kosmetik und hilft nicht weiter.

Alle Kräfte und Erfahrungen bündeln

Die aktuellen positiven Zahlen auf dem Arbeitsmarkt dürfen aber nicht darüber hinweg täuschen, dass die Probleme auf dem Arbeitsmarkt noch nicht überwunden sind. Es ist weiterhin notwendig, alle Kräfte und Erfahrungen zu bündeln, um die von der Wirtschaftskrise betroffenen Unternehmen und deren Belegschaften zu unterstützen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb den Antrag „Arbeitsmarktpolitik erfolgreich fortsetzen und ausbauen“ (Drs. 17/2321) vorgelegt. Mit einem Paket abgestimmter Maßnahmen wollen wir an die bisherigen Erfolge sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik anknüpfen:

- **Kurzarbeit und Qualifizieren statt Entlassen:**
Entfristung der Regelungen für den erleichterten Bezug von Kurzarbeitergeld. Verlängerung der maximalen Bezugsdauer auf 36 Monate.
- **Neue berufliche Perspektiven statt Entlassen:**
Erhöhung der qualitativen Anforderungen an Transfergesellschaften inklusive Einführung eines Zertifizierungsverfahrens, Formulierung von Mindeststandards beim Abschluss von Transfer-Sozialplänen, Verbesserung der Vermittlung aus der Transfergesellschaft in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.
- **Erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik fortsetzen:**
Verlängerung beziehungsweise Entfristung bewährter Arbeitsmarktinstrumente wie Förderung beschäftigter Arbeitnehmer, Eingliederungszuschuss für Ältere, Vermittlungsgutschein, Entgeltsicherung für ältere Arbeitnehmer, außerbetriebliche Berufsausbildung, Qualifizierungszuschuss für jüngere Arbeitnehmer, Eingliederungszuschuss für jüngere Arbeitnehmer, erweiterte Berufsorientierung, Ausbildungsbonus, Berufseinstiegsbegleitung.
- **Fachkräftemangel und Arbeitslosigkeit verhindern:**
Verlängerung der Förderung des dritten Jahres für Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung in der Alten- und Krankenpflege durch die Bundesagentur für Arbeit um ein Jahr.



- **Sozialen Schutz für Selbständige sichern:**
Entfristung der Regelung für die freiwillige Arbeitslosenversicherung für Selbständige, Verbesserung des Zuganges und zeitlich befristete Öffnung für bereits langjährig selbstständig Tätige.

AKTUELLE STUNDE

Weniger Netto vom Brutto

In einer von der SPD-Bundestagsfraktion beantragten Aktuellen Stunde haben wir die steigenden Beiträge als Ergebnis der Gesundheitsreform zum Thema gemacht. Versprochen war mehr Netto vom Brutto. Jetzt wird es weniger Netto vom Brutto. Durch die monatelange Untätigkeit der schwarz-gelben Koalition wird das Defizit der gesetzlichen Krankenversicherung im Jahr 2011 auf 11 bis 15 Milliarden Euro steigen. Schon in diesem Jahr beträgt es knapp acht Milliarden Euro, die nur durch einen einmaligen Steuerzuschuss von 3,9 Milliarden Euro reduziert werden konnten. Die Ausgaben steigen schneller als die Einnahmen - nicht nur krisenbedingt.

Anstatt zuallererst und sofort die Ausgaben der GKV, insbesondere im Arzneimittelbereich zu begrenzen, gefiel sich Rösler als Kämpfer für die Kopfpauschale und lehnte Kostendämpfungsmaßnahmen rundweg ab. Das kommt die Versicherten doppelt teuer zu stehen. Während zu Zeiten der großen Koalition kaum eine Kasse Zusatzbeiträge erheben musste, haben in diesem Jahr etliche Kassen Zusatzbeiträge eingeführt, darunter auch die DAK als große Versorgerkasse. Jetzt will die Koalition nicht nur die Beiträge paritätisch um 0,6 Beitragssatzpunkte erhöhen, sondern diskutiert auch die Anhebung der Begrenzung der Zusatzbeiträge.

Versprochen waren: das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge, eine Kopfpauschale mit automatischem Sozialausgleich und bei den Zusatzbeiträgen die Beibehaltung der Ein-Prozent-Grenze, die die SPD in der großen Koalition durchgesetzt hatte. Nichts davon wurde eingehalten. Die jetzige Einigung, die nur dem chaotischen Zustand der schwarz-gelben Koalition geschuldet ist und nicht der Einsicht, dass die Ausgabensteigerungen nicht alleine auf dem Rücken der Versicherten abgeladen werden können, ist ein gesundheitspolitischer Offenbarungseid. Anstatt an die eigentlichen Ursachen der Einnahmeschwäche der GKV heranzugehen, „doktert“ die Koalition an unserem Gesundheitswesen herum - ohne Plan und ohne Ziel. Das Arzneimittelpaket ist ein Placebo.

Die Notwendigkeit, einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen und den Niedriglohnsektor einzudämmen wird schlicht ignoriert. Die Verbreiterung der Beitragsbasis durch Einbeziehung der höheren Einkommen, der sonstigen Einkünfte und einen Einnahmeausgleich zwischen GKV und PKV lehnt die schwarz-gelbe Koalition ab und bleibt sich treu in ihrer Klientelpolitik für die Besserverdienenden. Notwendige Strukturreformen, wie zum Beispiel die Hausarztzentrierte Versorgung, eine integrierte Versorgung und Versorgungsplanung, die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung in der Fläche, die Öffnung der Krankenhäuser für die ambulante Versorgung, faire Arzneimittelpreise und so weiter werden nicht angegangen.



AUSSEN

Engagement in Afghanistan kritisch betrachten

Anlässlich der internationalen Konferenz in Kabul am 20. Juli fand am 9. Juli im Bundestag eine Regierungserklärung durch Außenminister Westerwelle statt. In der anschließenden Debatte kritisierten die Redner der SPD-Bundestagsfraktion den Außenminister und die Bundesregierung, dem Bundestag eine offene und kritische Bilanz der Lage in Afghanistan seit dem 26. Februar vorzuenthalten. Im Februar hatte der Bundestag der Fortsetzung des deutschen Einsatzes in Afghanistan auf Basis einer neuen Strategie der internationalen Gemeinschaft zugestimmt.

Die Strategie der Londoner-Konferenz Anfang 2010 sieht Folgendes vor:

- Konzentration auf die Ausbildung von Soldaten und Polizisten
- Entwicklung eines Stufenplans zur Übertragung der Verantwortung in afghanische Hände
- Verdopplung des zivilen Engagements zum Aufbau des Landes
- Verbesserung der Regierungsführung in Afghanistan
- verstärkte Unterstützung des Versöhnungsprozesses in Afghanistan

Die Regierungserklärung von Westerwelle hat völlig ausgespart, dass die Lage in Afghanistan seit Februar weiterhin sehr fragil ist und von einer Vielzahl von Überfällen überzogen wurde. Bislang hat die neue Strategie keine Verbesserung der Situation am Hindukusch gebracht. 150.000 Soldaten der internationalen Gemeinschaft sind aktuell im Einsatz. Der Juni ist mit 102 Toten der Monat mit den meisten Toten gewesen. Des Weiteren kritisierten die Sozialdemokraten, dass Westerwelle mit keiner Silbe auf die bevorstehenden Veränderungen in Afghanistan eingegangen ist. Denn Canada, Großbritannien und die Niederlande beginnen demnächst, ihre Truppen zurück zu holen. Und auch die USA werden ab 2011 ihre Soldaten abziehen.

Die Offensive Kandahar zur Stabilisierung der dortigen Lage sei immer wieder verschoben worden. Fünf Ministerposten in der Regierung Karsai seien immer noch nicht besetzt. Und zudem berichte die Presse darüber, dass Gelder aus Afghanistan nach Dubai geschafft würden. Es sei auch schwer vorstellbar, wie auf der internationalen Konferenz in Kabul mit 76 Delegationen der Forderung der Afghanischen Zivilgesellschaft, die Ergebnisse der Friedenschirga auf die Tagesordnung zu setzen, entsprochen werden kann. Dies alles zeige, dass eine kritische Bilanz angezeigt ist. Die SPD-Abgeordneten sprachen sich noch einmal für den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion aus, den Einsatz in Afghanistan unabhängig, wissenschaftlich und kontinuierlich begleiten zu lassen und jeweils Konsequenzen daraus abzuleiten. Bundesregierung und Parlament bräuchten belastbare Informationen, um die richtigen Entscheidungen getroffen werden können.

ENTWICKLUNG

Bekämpfung von Krankheiten in Entwicklungsländern

Zur Bekämpfung der vernachlässigten Erkrankungen und von Kinder- und Müttersterblichkeit in Entwicklungsländern müssen sich Wirtschaft, Wissenschaft und Politik international gemeinsam organisieren. Zu den acht Millenniumsentwicklungszielen, auf die sich die Weltgemeinschaft im Jahr 2000 einigte, gehören die Bekämpfung von Kinder- und Müttersterblichkeit sowie die Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten. Der Globale Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM) spielt dabei eine entscheidende Rolle.



Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu am 8.7. den Antrag „Deutschlands Verantwortung für die Gesundheit in Entwicklungsländern - Vernachlässigte Krankheiten bekämpfen, Kinder- und Müttersterblichkeit verringern und Globalen Fonds stärken“ (Drs. 17/2135) ins Parlament eingebracht. Darin wird die Bundesregierung u.a. aufgefordert, dem Globalen Fonds für seine Arbeit und zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele ausreichend und verlässlich Mittel zur Verfügung zu stellen, die Forschung und den Aufbau von Gesundheitssystemen zu fördern sowie den Genderaspekt zu berücksichtigen. Entwicklungsländer, die Partner der Deutschen Entwicklungszusammenarbeit sind, sollen mindestens 15 Prozent ihres Haushaltsbudgets für das Gesundheitswesen einsetzen.

Arbeitsbedingte, vernachlässigte Krankheiten sind immer noch mitverantwortlich dafür, dass die Lebenserwartung in den Entwicklungsländern bis zu 30 Jahre unter der in Industriestaaten liegt. Jahr für Jahr sterben Millionen Menschen an Krankheiten, die vermeidbar oder behandelbar wären. Der Zugang zu einer umfassenden Gesundheitsversorgung, die neben der kurativen (heilenden) Behandlung von Erkrankungen auch vorbeugende und gesundheitsförderliche Elemente umfasst, ist für die armen Teile der Weltbevölkerung nicht möglich. Die Anstrengungen, vor allem die Ausbreitung von Infektionskrankheiten durch Aufklärung, Prävention oder bedarfsgerecht verfügbare Impfstoffe einzuschränken sind noch immer unzureichend.

FINANZEN/UMWELT

Einführung einer Brennelementesteuer

Die Einführung einer Brennelementesteuer ist von zentraler Bedeutung. Sie beseitigt ein ungerechtfertigtes Privileg der Atomkraft. Während die Strompreise für den Verbraucher durch die „Einpreisung“ des CO₂-Emissionsrechtehandels steigen, bleiben die Kernkraftbetreiber von den Kosten der spezifischen Risiken und Lasten der Atomkraft verschont. Sie fahren daher jedes Jahr erhebliche Mitnahmegewinne ein, die von Experten auf 3,4 Milliarden Euro geschätzt werden. Dies hat mit der Frage einer Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken nichts zu tun.

In unserem Antrag „Brennelementesteuer – Windfall Profits der Atomwirtschaft abschöpfen“ (Drs. 17/2410) verlangen wir deshalb von der Bundesregierung, einen Gesetzentwurf zur Einführung einer neuen Verbrauchsteuer auf die Spaltung von Kernbrennstoffen zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität vorzulegen. Die Betreiber derartiger Anlagen sollen ab 1. Januar 2011 an den Kosten des Bundes für die Atomenergienutzung angemessen beteiligt werden. Maßstab hierfür müssen einerseits die Kosten des Bundes für die Stilllegung und den Rückbau kerntechnischer Anlagen einschließlich der Endlagerung radioaktiver Abfälle sein, andererseits die Mitnahmegewinne der Anlagenbetreiber infolge der Strompreiserhöhungen nach Einführung des CO₂-Emissionshandels. Wir fordern darüber hinaus: Kein Ausstieg aus dem Atomausstieg. Der im Atomkonsens mit den Energieversorgungsunternehmen vor zehn Jahren erreichte Durchbruch darf nicht in Frage gestellt werden. Für eine Verlängerung der Laufzeiten gibt es keine Mehrheit in Deutschland.



RECHT

Mehr Verbraucherschutz bei Vertragsabschlüssen im Internet

Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen Gesetzentwurf zur Verbesserung des Verbraucherschutzes bei Vertragsabschlüssen im Internet in den Deutschen Bundestag eingebracht, der am 8.7. in 1. Lesung beraten wurde (Drs. 17/2409). Die Bundesregierung schützt Verbraucherinnen und Verbraucher nicht ausreichend vor bestimmten Kostenfallen im Internet. Über Anzeigen auf Suchmaschinen locken unseriöse Unternehmen Internetnutzerinnen und -nutzer auf ihre Seiten. Viele Verbraucherinnen und Verbraucher rechnen dort nicht damit, für Dienste oder Software zahlen zu müssen, die es im Internet im Normalfall kostenlos gibt. In gutem Glauben geben sie ihren Namen und ihre Adresse für eine vermeintliche Kunden-Registrierung an – und haben ein teures Abo oder einen kostenpflichtigen Zugang abgeschlossen. Bundesministerin Aigner kündigte wiederholt Regelungen an, handelt aber nicht. Die Beschwerden von Verbraucherinnen und Verbrauchern nehmen immer weiter zu, und eine Regelung auf EU-Ebene ist nicht zu erwarten.

Aus diesem Grund hat die Fraktion ihren Gesetzentwurf zur Verbesserung des Verbraucherschutzes initiiert. Mit einer Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches soll eine so genannte „Button-Lösung“ für Vertragsabschlüsse im Internet eingeführt werden. Danach wird ein im Internet geschlossener Vertrag nur dann wirksam, wenn die Verbraucherin oder der Verbraucher einen gesonderten, besonders hervorgehobenen Hinweis („Button“) auf den Preis erhält und diesen durch Anklicken bestätigt hat. So wird Kostentransparenz im Internet gewährleistet und unseriösen Anbietern erschwert, Verbraucherinnen und Verbraucher durch unklare oder versteckte Preisangaben in Kostenfallen zu locken.

Änderung des Vormundschaftsrechts

Am 8.7. hat die SPD-Bundestagsfraktion den Antrag „Änderung des Vormundschaftsrechts und weitere familienrechtliche Maßnahmen“ eingebracht (Drs. 17/2411). Der Schutz von Kindern wurde bereits in der 16. Legislaturperiode mehrfach verbessert. Das Bundesjustizministerium hat jetzt einen Referentenentwurf zur Änderung des Vormundschaftsrechts vorgelegt, der jedoch nur Teile des Vormundschaftsrechts neu regelt.

Dieser Entwurf ist ein Schritt in die richtige Richtung, geht der SPD-Bundestagsfraktion jedoch nicht weit genug. Die von der Bundesregierung angekündigte Gesamtreform des Vormundschaftsrechts ist dringend erforderlich. Hierzu enthält der vorgelegte Antrag zur Änderung des Vormundschaftsrechts zahlreiche konkrete Vorschläge. Die Fraktion begrüßt die im Referentenentwurf vorgesehene Beschränkung der Anzahl von Amtsvormundschaften auf 40. Diese Fallzahlbegrenzung muss allerdings für alle Formen der Vormundschaft gelten, nicht nur für die Amtsvormundschaft. Der Vormund läuft bei einer größeren Zahl von Mündeln Gefahr, wegen des fehlenden persönlichen Kontakts keine Kenntnis von den tatsächlichen Verhältnissen zu bekommen, in denen sein Mündel lebt. Es wurden Fälle bekannt, in denen ein Vormund bis zu 200 Mündel betreute. Darüber hinaus fordert die Fraktion eine stärkere Beteiligung des Mündels und eine Verbesserung seiner verfahrensrechtlichen Stellung, die Förderung der Einzelvormundschaft, eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Familiengericht und Jugendamt, eine ständige Richterfortbildung sowie Verbesserungen im Bereich der Pflegeverhältnisse.



Menschenhandel bekämpfen und Opferschutz stärken

Die Europäische Kommission hat einen Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verhütung und Bekämpfung von Menschenhandel und zum Opferschutz vorgelegt. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu einen Antrag „Menschenhandel bekämpfen – Opferschutz stärken“ (Drs. 17/2344) vorgelegt und begrüßt ausdrücklich das Anliegen des aktuellen Vorschlags der Kommission, die Verhütung und Bekämpfung von Menschenhandel zu verbessern.

Dabei weist die Fraktion aber auf weitere Ansätze und Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Menschenhandel hin. Opferschutz und Prävention sollen sowohl auf der Ebene der Europäischen Union (EU) als auch der der Mitgliedstaaten noch stärker betont und einen Schwerpunkt der künftigen Richtlinie bilden. Auf EU-Ebene soll dafür Sorge getragen werden, dass für Opfer von Menschenhandel nicht nur während der Dauer eines Strafverfahrens, in dem sie Zeuge sind, sondern auch danach ein Aufenthaltstitel vorgesehen wird. Zudem soll in Deutschland dafür Sorge getragen werden, dass die Regelung des vorübergehenden Aufenthaltstitels von einer Kann- in eine Soll-Vorschrift geändert wird. Die Bundesregierung wird aufgefordert, hierauf bei den weiteren Verhandlungen im Rat sowie mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament hinzuwirken. Die Bundesregierung wird darüber hinaus auch aufgefordert, das Übereinkommen des Europarates zur Bekämpfung des Menschenhandels zügig zu ratifizieren und umzusetzen.

VERKEHR

Mittelkürzung bei CO₂-Gebäudesanierung zurücknehmen

Die Bundesregierung hat angekündigt, die Mittel für die KfW-Förderprogramme „Energetisch Bauen“ und „Energetisch Sanieren“ deutlich zu reduzieren. Damit konterkariert die Bundesregierung nationale und internationale Zielsetzungen zum Klimaschutz.

Vor dem Hintergrund, dass 40 Prozent der CO₂-Emissionen dem Gebäudebestand zuzurechnen sind und die Programme zum energetischen Sanieren erfolgreich angewendet werden, sind hier große Einsparungen zur CO₂-Reduzierung zu erzielen. Ebenso tiefgreifend sind die Auswirkungen für Beschäftigung im Handwerk und Mittelstand. Wir fordern die Bundesregierung mit einem Antrag (Drs. 17/2346) auf, die angekündigten Mittelkürzungen im Bereich der CO₂-Gebäudesanierung zu unterlassen und die Förderung stattdessen auf hohem Niveau zu verstetigen. Ferner soll die Beratung und Zielgenauigkeit des Programms verbessert werden. Um Synergieeffekte zu nutzen, soll das Gebäudesanierungsprogramm sinnvoll mit anderen Förderprogrammen verknüpft werden und stärker auf wirtschaftlich effiziente, sozial gebotene und klimapolitisch sinnvolle Maßnahmen fokussiert werden.



WIRTSCHAFT

Arbeitsbedingungen im Briefmarkt

Gut zehn Jahre nach Verabschiedung des Postgesetzes und nach der mittlerweile vollständigen Liberalisierung des Briefmarktes in Deutschland zeigt die bisherige Entwicklung des Wettbewerbs und der sozialen Standards im Briefsektor, dass dieser Teilarbeitsmarkt droht, insgesamt zu einem Niedriglohnsektor zu werden. Es dominieren prekäre Beschäftigungsverhältnisse, die nur noch als „Hinzuverdienstmöglichkeiten“ zu einem weiteren Erwerbseinkommen geeignet sind. Viele Beschäftigte müssen zunehmend staatliche Transferleistungen in Anspruch nehmen. Es ist zu befürchten, dass mit diesem beschäftigungspolitischen Wandel nicht nur die soziale Sicherung der einzelnen Beschäftigten untergraben wird, sondern damit auch eine Aushöhlung der vorrangig beitragsfinanzierten sozialen Sicherungssysteme einhergeht.

Wir haben die Bundesregierung mit einer Großen Anfrage „Arbeitsbedingungen im Briefmarkt – Prekarisierung verhindern“ (Drs. 17/1615) aufgefordert, dazu Position zu beziehen und zu erklären, mit welchen Maßnahmen sie dem entgegenwirken will.